

Nach der Krise wird eine sozialdemokratische Industrie- und Klimapolitik mehr denn je gebraucht.

Klimapolitik wird nach der Corona-Krise aktuell bleiben

Europa durchlebt aktuell die umfassendste Krise der Nachkriegszeit. Die Herausforderung besteht zuvorderst darin, die Gesundheit der Bevölkerung bestmöglich zu schützen. Zugleich machen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie klar, dass jetzt und zukünftig ein entschlossenes und reflektiertes ökonomisches Handeln dringend erforderlich ist. Die Arbeitslosigkeit wächst dramatisch an. Der europäische Sozialstaat u.a. mit seiner Errungenschaft des Kurzarbeitergeldes stemmt sich dieser Entwicklung entgegen, kann aber die Entwicklungen nur begrenzen, nicht vollends stoppen. Nach einigen Wochen des Shutdown sind jetzt verstärkt Konzepte und Bemühungen für das kurz- und mittelfristige Wiederanlaufen der Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich. Darüber hinaus bedarf es aber auch neuer Überlegungen, wie sich unsere Wirtschaft langfristig entwickeln soll. Denn die Kosten dieser Krise müssen in den kommenden Jahren von der Wirtschaft in der EU zurückverdient werden.

Es ist daher jetzt vor jeder andere Priorität vorrangig, den Wirtschaftskreislauf wieder in Gang zu bringen, konkret Menschen wieder in Lohn und Brot zu bringen und das Augenmerk darauf zu legen, wo möglichst schnell mehrwertgenerierende Produktion wieder zurückkommen kann. Wir sind der Meinung, dass dies mit dem langfristigen Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft als Rückgrat der Industrie übereinstimmen kann, wenn wir jetzt die Weichen richtigstellen. Darüber hinaus bieten unternehmensnahe Dienstleistungen, die industrielle Prozesse und Logistik nachhaltig machen, eine wichtige ergänzende Säule einer solchen aktiven Industriepolitik (Industrie 4.0, circular economy, sharing-economy, Plattformen etc.), die wir mit im Blick haben.

Noch vor dem Beginn der Corona-Krise haben wir Grundsätze einer sozialdemokratischen Klima-Industriepolitik erarbeitet. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Grundsätze nun mehr denn je erforderlich sind. Wenn die Corona-Krise eine Chance für die europäische Ökonomie und nicht eine langanhaltende soziale Krise der europäischen Gesellschaften werden soll, braucht es eine solche sozialdemokratische Industrie- und Klimapolitik als Konjunkturprogramm nach der Krise.

Klimapolitik ist mehr - sie ist Wirtschafts-, Energie- und Industriepolitik, Technologieförderung und hat eine bedeutende soziale Dimension

Erstmals wird in Europa eine ökonomische Transformation durch gesellschaftliche Debatten ausgelöst und durch regulative Entscheidungen der Politik vorangetrieben, denen naturwissenschaftliche Erkenntnisse zum menschengemachten Klimawandel zugrunde liegen. Und das ist gut so. Wo bisher Märkte, Produktionsbedingungen, Konsumentenentscheidungen, technologische Entwicklungen oder disruptive Geschäftsmodelle Umbrüche und Transformationen in einzelnen Sektoren oder innerhalb von Volkswirtschaften auslösten, sind jetzt die Politik und die sie tragenden gesellschaftliche Gruppen der wesentliche Treiber der Entwicklung mit dem Ziel, wissenschaftlichen Erkenntnissen der Klimaforschung Rechnung zu tragen und die globalen, europäischen und nationalen Klimaziele zu erreichen. Dabei erfuhr die Politik in vielen europäischen Staaten vor der Corona-Krise eine wachsende Kritik einer ungeduldigen Klimabewegung, die zumindest in einigen Staaten Europas eine Relevanz entfaltet hat und nach der Krise sicherlich zurückkehren wird, und zugleich bestätigen eine wachsende Anzahl von Unternehmen und Kapitalanlegern, die nur noch klimafreundlich investieren wollen, diesen Kurs. Zugleich ist europäische Klimapolitik nicht Blaupause im Rest der CO₂ emittierenden Welt, die Auswirkungen deutscher/europäischer Klimapolitik auf die globale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie müssen mit Bedacht berücksichtigt werden - sonst werden vorsätzlich gute Arbeitsplätze mit hohem

Lohnniveau ebenso gefährdet wie der Rückhalt der arbeitenden Mitte. Dies vertieft die Spaltung in Verlierer und Gewinner dieser Politik hin zu einer generellen Polarisierung unserer Gesellschaft. Klar ist aber auch: Wenn der Klimawandel nicht gebremst bzw. gestoppt wird es ausschließlich Verlierer geben.

Dies ist Chance und Risiko zugleich.

- Chance, weil Politik selbst die erforderlichen Rahmenbedingungen festlegen und damit auch die Folgen beeinflussen kann und nicht nur auf Marktgeschehen reagieren muss.
- Risiko, weil sie damit auch für die gesellschaftlichen Verwerfungen verantwortlich gemacht wird.
- Chance, weil Politik es in der Hand hat, zwischen den Gewinnern und Verlierern in der Wirtschaft, die Strukturwandel immer produziert, zu moderieren und das Ausmaß der Verteilung zu verhandeln. Ziel muss dabei sein, die Chancen des Wandels zu betonen und zu nutzen.
- Risiko, weil angesichts verknappter Ressourcen der Kampf um die Zielerreichung des Green Deals erneut aufflammen wird und Kritiker Politik in Frage stellen werden.
- Chance, weil gerade nach der Corona-Krise eine zwischen Politik und Wirtschaft abgestimmte Investitionspolitik erforderlich ist, um effizient am Wiederaufbau Europas arbeiten zu können.
- Risiko, weil Kritiker der 2050 Zielsetzungen Oberhand gewinnen können, wenn gleichwertige Transformationsanstrengungen im Rest der Welt ausbleiben und im Inland Wohlstandsverluste offenbar werden.

Als SozialdemokratInnen müssen wir aber vor allem die gesellschaftlichen Folgewirkungen dieser Transformationen im Auge haben. Sozialdemokratische Klimapolitik muss die gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne einer gerechten und fairen Gesellschaft beeinflussen, ohne die Geschwindigkeit der technologischen Transformation zu bremsen. In den letzten beiden Dekaden hat unsere Gesellschaft eine zunehmende Spaltung zwischen einer neuen und der alten Mittelschicht erlebt. Während erstere überwiegend in den urban verdichteten Räumen der Großstädte und der Universitätsstädte leben, also dort wo sich die Wissenscluster ansiedeln, leben zweitens eher in den Außenbezirken, in klassischen Industriestädten wie Wolfsburg oder Ingolstadt bzw. in den ländlichen Regionen darum. Während die neuen Mittelschichten sich in den letzten Jahrzehnten Fähigkeiten angeeignet haben, die es ihnen erlauben in Berufen tätig zu sein, die auf Kreativität und Agilität setzen, sind die alten Mittelschichten in Berufen beheimatet, die auf erlerntes Wissen und vor allem Erfahrung setzen. Die alten Mittelschichten haben in den letzten Jahren erlebt, wie ihr Wissen und ihre Erfahrung nicht nur ökonomisch unter Druck gekommen ist, sondern auch wie ihr Wissen samt ihrer Lebensstile abgewertet und zunehmend kulturell stigmatisiert wurden.

Die von Teilen der grünen Bewegung formulierte Energie- und Klimawende wird die sozialen und ökonomischen Grundlagen dieser alten Mittelschicht, aber auch die Unterschichten massiv unter Druck setzen. Insbesondere stellt diese Politik an vielen Stellen industrielle Beschäftigungsverhältnisse in Frage, insbesondere solange es keine gleichwertigen Anstrengungen im Rest der Welt gibt. Dabei ist das Argument, es entstünden ja zahlreiche neue Jobs, nur begrenzt hilfreich, weil keineswegs gesagt ist, dass die vom Wegfall ihrer Jobs bedrohten Mitarbeiter die Qualifikationen für diese neuen Tätigkeiten besitzen oder sich rechtzeitig aneignen können. Die daraus resultierende soziale Spaltung und Abstiegsbedrohung großer Teile der Gesellschaft ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite

ist die drohende kulturelle Ausgrenzung, die durch Teile der Klimabewegung vorgenommen wird, die Lebensstile in "gut" oder "schlecht" einteilen, die "Flugscham" oder den Ausstieg aus "automobiler Gesellschaft" predigen oder generell Wachstum als Gegner ausgemacht haben.

Europa soll der Kontinent des Einstiegs in neue Technologien und Branchen sein, nicht der Ausstiege - Unser Ziel ist ein Europa, dessen Schornsteine und Auspuffe nur noch "grüne Abgase" oder Wasser ausscheiden.

Sozialdemokratische Politik muss daher einen Paradigmenwechsel in der Debatte vornehmen: Nicht Ausstiege aus Technologien oder aus Energieträgern, Ausstiege aus Infrastrukturen oder aus individueller Mobilität sind für sozialdemokratische Politik bestimmend. Wir wollen die Debatte um die Einstiege führen: Die Einstiege in Technologien wie Erneuerbare Energien, Wasserstoff, grüne Gase oder neue Energiesysteme.

Damit rückt eine aktive Industriepolitik in den Fokus der sozialdemokratischen Energie-, Mobilitäts-, Wärme- und Klimawende. Energiepolitik kann Industriepolitik nicht ersetzen, sondern muss sich dieser bedienen, um im Sinne sozialer und gesamtwirtschaftlicher Ziele erfolgreich zu sein. Industriepolitik im Fokus bedeutet dann auch, einige Grundsätze der deutschen und der europäischen Klimapolitik neu auszurichten:

1. Ziel ist Klimaneutralität, wir erreichen dies durch Effizienz und erneuerbare Energien - es ist im Einzelfall zu entscheiden, welche Kombination sinnvoller und vor allem kostengünstiger ist, "Effizienz koste es, was es wolle" ist ein unsinniges und nicht funktionierendes Diktat, von dem wir uns verabschieden müssen;
2. Anwendung des Verursacherprinzips, anstelle des Quellprinzips. Dies erlaubt einerseits die gleichwertige Berücksichtigung "importierter" CO₂Emissionen mit den in Deutschland bzw. der EU verursachten CO₂Emissionen und andererseits verhindert es eine einseitige Belastung des Energiesektors; die Anwendung dieses Prinzips muss auch wirksame Konsequenzen in den Regeln für den Außenhandel haben.
3. Entwicklung einer Strategie zur Parallelisierung von politischen, technologischen und marktwirtschaftlichen Logiken bzw. zur Finanzierung der Brücke zwischen diesen Logiken, wenn bspw. technologische Reife eben keine Marktreife zur Folge hat;
4. Die Dezentralisierung der Energiewende wird vor allem durch die Kostensenkungen bei PV und Speicher getrieben und ist grundsätzlich sinnvoll, wir müssen aber eine Strategie erarbeiten, die verhindert, dass dies zu einer Selbstoptimierung von (reichen) Teilen der Gesellschaft auf Kosten der Systeme der Daseinsvorsorge wird
5. Berücksichtigung der verteilungspolitischen Auswirkungen jedweder klimapolitischen Maßnahme.

Der "Green Deal" der EU muss zu einem "Social Green Deal" werden, dann bietet er die Chance, diese Grundsätze neu zu diskutieren und darüber zu verändern, insbesondere die deutsche Stromwende ehrlich zu evaluieren und so das wenig effiziente deutsche Effizienzdiktat zu überwinden. Beispielweise werden und müssen wir nicht unsere Altstädte abreißen und überall Passivhäuser bauen, um klimaneutral zu werden. Sozialdemokratische Industrie- und Energiepolitik muss europäisch sein, die bisher stark national geprägte Vorgehensweise kommt jetzt an ihre Grenzen.

Dennoch wird es Verlierer und Gewinner dieses Transformationsprozesses geben. Dies lässt sich nicht verhindern. Entscheidend ist für uns, ob den Menschen, betroffenen Regionen und den Unternehmen

die Zeit zur Anpassung, die Sicherheit über die eigene Zukunft gegeben wird oder ob sie im Zweifel in eine existentielle Krise gestürzt und darin allein gelassen werden. Daher benötigt es einen Ort, an dem "Politik" die Zukunftsfragen, die Frage nach Gewinnern und Verlierern, die Folgen der Transformation und ihrer Ausgleichsmöglichkeiten bespricht und daraus folgend über notwendige Investitionen, Förderhilfen, Regionalprogramme, Beschäftigten-Transferhilfen und deren Finanzierung verhandelt werden.

Leitlinien einer sozialdemokratischen Politik der Energie- und Klimawende

Sozialdemokratische Klimawende ist im Kern also Industrie- und Gesellschaftspolitik. Was abstrakt logisch klingt, muss auch in konkrete Leitlinien einer sozialdemokratischen Politik übersetzt werden. Wir haben daher solche Leitlinien aufgestellt, die u.E. einen Paradigmenwechsel in der SPD einleiten können. Der logisch erscheinende Satz "Follow the Science" negiert die Notwendigkeit politischer Entscheidungen. Politik wird aber gebraucht, um Entwicklungspfade abzuwägen und einzuschlagen, Optionen offenzuhalten und soziale wie ökonomische Folgen der Transformation abzufedern. Nie war der Satz der Alternativlosigkeit von politischen Entscheidungen so falsch wie heute. Wir brauchen also eine sozialdemokratische Antwort auf die grüne Klimapolitik und die schwarze Verweigerungshaltung. Zehn Leitsätze sollen diese sozialdemokratische Politik definieren:

1. Wir brauchen eine technologieoffene Politik, die sich nicht mit Vorfestlegungen einschränkt und letztlich den industriellen und technologischen Erfolg der deutschen Industrie von vorneherein behindert. Wenn wir Klimaschutz als technologieoffenes, industriepolitisches Projekt angehen, kann Klimaschutz zum Treiber des globalen Wettbewerbsvorsprungs deutscher Industrie werden. Neue Leitindustrien werden für die deutsche Exportwirtschaft entstehen, bspw. im Bereich der Wasserstofftechnologien. Zugleich macht es keinen Sinn, wenn wir bereits erfolgreiche erneuerbare Energien-Technologien wie im Fall der Photovoltaik künstlich im Markthochlauf deckeln.
2. Während jede dieser neuen Technologien am Ende disruptiv für bestehende Produkte und bisherige Technologieentwicklungen wirken, ist die Disruption ganzer Energiesysteme nicht zielführend. Denn eine solche Politik übersieht die Bedeutung bestehender Anwendungen gerade auch für den globalen Klimaschutz und das Erreichen der Klimaziele in Deutschland und weltweit. Politik muss daher einen Fokus nicht nur auf die Förderung neuer Technologien, sondern auch auf die Umstellung der bestehenden Systeme legen. Zentral werden dabei sein:
 - progressive Klimaneutralitäts-Quoten im Kraftstoff und beim Kerosin sowie
 - hybride Lösungen im Verkehr und bei Gebäuden.
3. Vor diesem Hintergrund muss Planung, Entwicklung und Ausbau unserer bestehenden Systeme und Netze für Strom, Gas, Wasserstoff und Wärme viel stärker integriert erfolgen. Nur integrierte Systeme werden am Ende ein klimaneutrales Europa ermöglichen. Beim Aufbau und Ausbau neuer Infrastrukturen (bspw. der Ladesäulen) muss sichergestellt werden, dass finanzielle Förderungen sich vor allem auf den Anteil öffentlicher, kommunaler und öffentlich zugänglicher Infrastruktur beziehen und nicht der individuellen Selbstoptimierung dienen.
4. Wir benötigen eine deutsche und eine europäische Roadmap für Infrastruktur, Erzeugung, Anreizsysteme und Wertschöpfungsketten. Diese Roadmap beinhaltet auch:
 - den ambitionierten Ausbau der Erzeugung aller Erneuerbaren Energien in Deutschland und Europa, wobei bestehende Ausbauehemmnisse insbesondere bei der Wind- und der

Solarenergie überwunden und gleichzeitig die direkten Nutzeneffekte für die lokalen Gemeinschaften und Kommunen stärker Berücksichtigung finden müssen
- den Ausbau für Speicher (als Speicher).

5. Unsere Wasserstoffstrategie soll als industriepolitische Strategie verstanden werden. Es geht uns dabei zentral auch um den Aufbau einer deutschen Exportindustrie. Wir wollen einen Wasserstoff-Airbus in Europa. Wir wollen daher vor allem darauf setzen, erneuerbaren Wasserstoff in großen Mengen und darauf basierend diesen zu sinkenden Kosten in Europa, Deutschland und in Kooperation mit Drittstaaten außerhalb der EU zu erzeugen, zu nutzen und damit Vorreiter zu werden.
6. Wir benötigen ein Steuer- und Abgabensystem, das soziale Folgen gering hält und dennoch eine echte CO₂ orientierte Wirkung erzielen kann, damit sich der Einsatz CO₂ reduzierter Technologien und Energieträger schnell rechnet:
 - das vorhandene Steuer- und Umlagesystem muss daher CO₂ orientiert und sozial gerecht umgebaut werden (z.B. durch einen Streckungsfonds zur Absenkung der EEG-Umlage oder einer Klimaprämie als Ausgleich für CO₂-bedingte Mehrkosten)
 - das bedeutet insbesondere die vorhandenen Energiesteuern auf Benzin und Diesel komplett von einer Besteuerung pro Liter auf eine Besteuerung nach CO₂ Gehalt umzustellen
 - es steht zu prüfen, ob diese nicht auch für die Stromsteuer sinnvoll ist und europarechtskonform gestaltet werden muss.
7. Auch die Anreizsysteme müssen sehr viel stärker als bisher die sozialen Verteilungswirkungen adressieren. Beispielhaft greifen wir die Förderung von e-Autos auf. Bei diesen über den Lebenszyklus eines ePKW substantiellen Subventionen sehen wir konkreten Änderungsbedarf:
 - in der relativ höher zu gewichtenden Förderung kleinerer Fahrzeuge,
 - in einer deutlich reduzierten Förderung für Zweit- und Drittwagen,
 - in der Fokussierung auf echte CO₂-Reduktion im Betrieb.
8. Wir brauchen eine Politik, die neue Kollektivgüter erschafft und auf diese Weise Staat und Daseinsvorsorge in der Klimawende erneut stärkt. Am Ende wird es erstens einer starken Daseinsvorsorge benötigen, damit sich eben nicht einzelne auf Kosten der Allgemeinheit optimieren können (z.B. beim Aufbau von Ladeinfrastruktur). Zweitens wird der starke Staat benötigt werden, weil die Steuerung des Gemeinwesens durch ihn erfolgen muss. Die klimaneutrale Gemeinschaft wird viel stärker als die heutige Gesellschaft die Optimierung der Gesamtheit bspw. bei den Verkehren in den Fokus stellen müssen, statt die Effizienz des Einzelnen zu betrachten. Solche neuen Kollektivgüter können gerade auch in der Sektorenkopplung entstehen.
9. Im Gebäudesektor lässt sich diese Vorgehensweise schon heute erfolgreich unter Beweis stellen. Der Weg der "Energiewende von unten" bedeutet: Die energetische Modernisierung von Bestandsgebäuden, deren Eigenversorgung durch regenerative Energie stärker als bislang auch im Rahmen von Mieterstrommodellen und die sektorenübergreifende Vernetzung im Quartier, als kommunal getriebener Prozess zu organisieren und zu fördern. Insbesondere dann, wenn nicht Effizienz, sondern CO₂ Reduktion als Ziel formuliert wird. Überdies können regionale oder kommunale Akteure die Kostenwälzung auf das Individuum verhindern und über alle Sektoren hinweg agieren (Warmmietenmodell, ÖPNV-Ticket plus Miete, ...), die einen privaten Kleinvermieter weniger interessieren. Dies erfordert Umstellungen im Mietrecht und in der Städtebauförderung.

10. Hinzu kommt, dass im eigenen Quartier und in der eigenen Region Energiewende als "Energiewende zum Mitmachen" greifbar wird und Identifikation schaffen kann. Diese verhindert nicht nur individuelle Optimierungen auf Kosten der Allgemeinheit, sondern kann auch ein Ansatz sein, um neue Mittelschichten in den Städten zum gemeinsamen solidarischen Handeln zu motivieren.

Klimapolitik wird entscheidend die Parameter von Wirtschafts-, Technologie- und Gesellschaftspolitik der kommenden beiden Jahrzehnte beeinflussen. Darum braucht die Sozialdemokratie dringend eigene Leitlinien, die sich von anderen Ansätzen klar abgrenzen. Wir wollen die ambitionierten Klimaziele bewältigen, aber nicht auf Kosten einer Vertiefung einer sozialen Spaltung der Gesellschaft. Wir wollen sozial *und* ökologisch nachhaltigen Fortschritt.

Daher haben wir diese zehn Leitlinien formuliert, die der Orientierung in dieser Diskussion dienen sollen.

Alexander Bercht (Abteilungsleiter Politik und Gesellschaft, Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie),

Torsten Bischoff

Timo Bovi

Burkhard Drescher (Geschäftsführer, Innovation City Management, Bottrop)

Susanne Fabry (Ortsvereinsvorsitzende, SPD Stemmer)

Timon Gremmels (MdB, stellv. Landesvorsitzender der SPD Hessen)

Michael Groschek (Präsident, Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung)

Martin Günthner (MdBB, stellvertretender Vorsitzender SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen)

Enno Harks (Mitglied Steering Committee, FES Managerkreis)

Marc Herter (MdL, SPD Fraktion im Landtag NRW, stellv. Fraktionsvorsitzender | Wirtschaft)

Arno Klare (MdB, SPD Bundestagsfraktion)

Heiko Kretschmer (Schatzmeister, Wirtschaftsforum der SPD)

Klaus Mindrup (MdB, SPD Bundestagsfraktion)

Andreas Rimkus (MdB, SPD Bundestagsfraktion)

Fabian Schmitz-Grethlein (Mitglied des Kreisvorstands der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf)

Nils Schnorrenberger (Geschäftsführer, BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH)

Thomas Schwarz (Leiter Fachforum Mobilität, Wirtschaftsforum der SPD),

Andre Stinka (MdL, SPD Fraktion im Landtag NRW, umweltpolitischer Sprecher)

Frank Sundermann (MdL, SPD Fraktion im Landtag NRW, wirtschaftspolitischer Sprecher)

Bernd Westphal (MdB, wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion)

Michael Wübbels (Leiter Fachforum Kommunal, Wirtschaftsforum der SPD)

Ines Zenke (Vize-Präsidentin, Wirtschaftsforum der SPD)